

Projekt Jugendstadtrat Leverkusen vom 25.10. – 27.10.2022

Einleitung:

Im Laufe des Projekts Jugendstadtrat Leverkusen vom 25.10. – 27.10.2022 haben die Teilnehmer*innen viele unterschiedliche Themen diskutiert und besprochen. Am Ende der drei Tage fand die 1. Sitzung des Jugendstadtrats am 27.10.2022 statt, hier wurden alle von den Jugendlichen erarbeiteten Anträge diskutiert und abgestimmt.

Nachfolgend sind alle von der Mehrheit des Jugendstadtrats beschlossenen Anträge und die dazugehörigen Abstimmungsergebnisse aufgeführt. Diese sollen, wie in der Begründung zum vom Rat am 02.11.2021 beschlossenen Antrag Nr. 2021/0995 der SPD-Fraktion vom 27.08.2021 „Etablierung der jährlichen Aktion Jugendstadtrat“ beschrieben, an die kommunalpolitischen Entscheidungsträger übergeben werden und in die kommunalpolitischen Beratungen einfließen.

Antrag Nr. 1

„Diskothek“

Antrag von:
FDP-Fraktion

Antrag:
Die FDP-Fraktion fordert eine neu gebaute Diskothek in Leverkusen-Wiesdorf.

Begründung:
Eine Diskothek wünschen sich viele Bürger*innen der Stadt Leverkusen, da sich die nächsten Diskotheken in Burscheid und Köln befinden und man Jugendlichen diesen Weg nicht zumuten kann, gerade wenn sie sich im alkoholisierten Zustand befinden. Wir finden, dass es sinnvoll wäre, die Diskothek in Wiesdorf zu errichten, da Wiesdorf leicht mit dem ÖPNV zu erreichen ist und es dort außerdem eine relativ junge Population gibt.

Der Antrag wurde anschließend wie folgt geändert:
Die Verwaltung soll beauftragt werden, eine passende Immobilie in Leverkusen-Wiesdorf für den Betrieb einer Diskothek zu suchen.

Abstimmungsergebnis:
dafür: 37
dagegen: 2
Enthaltung: 9

Damit ist der Antrag in geänderter Form angenommen.

Antrag Nr. 2

„Bau von einer Skateanlage in Leverkusen“

Antrag von:
FDP-Fraktion

Antrag:
Die FDP-Fraktion fordert den Bau einer neuen Skateanlage in Leverkusen-Opladen.

Begründung:
Die neue Skateanlage soll zum Ersatz der alten Anlage, die bald abgerissen wird, gebaut werden, um Jugendlichen eine Outdoor-Sportaktivität in Leverkusen zu bieten.

Wir haben uns für den Stadtteil Opladen entschieden, da es hier viele Schulen gibt. Somit gibt es die Möglichkeit, direkt im Anschluss an die Schule den Skatepark mit den Freunden zu besuchen.

Abstimmungsergebnis:
dafür: 1
dagegen: 44
Enthaltung: 3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag wird von der FDP wie folgt geändert:
Ausbau des vorhandenen Skateparks an der neuen bahnstadt in Opladen, nicht einen Neubau einer Skateanlage.

Abstimmungsergebnis:
dafür: 30
dagegen: 8
Enthaltung: 10

Damit ist der Antrag in geänderter Form angenommen.

Antrag Nr. 3

„Die Integration und Förderung für alle Bedürftigen“

Antrag von:

CDU- und SPD-Fraktion

Antrag:

Wir, die CDU und die SPD, beantragen die Integration und Förderung durch mehr finanzielle Unterstützung der Stadt für die soziale Unterschicht (z. B. begünstigter Schwimmunterricht), Förderung der Schulen, Vereine und Jugendhäuser durch mehr Werbung für ihre Angebote und Einstellung von pädagogisch geschulten Fachkräften (Pädagogik-Studium ist kein muss, aber einen Kurs im Gebiet Pädagogik und Erste Hilfe müssen auf jedem Fall gegeben sein).

Begründung:

Da die Unterstützung der Stadt zwar schon teilweise gegeben ist, muss diese trotzdem mehr beworben werden. Somit wird auch die Unterstützung von Schulen, Vereinen und Jugendhäusern gewährleistet, da die Stadt diese als Austragungsorte der Aktivitäten nutzt. Die Jugendhäuser können noch mehr auf sich aufmerksam machen, indem sie die Sozialarbeiter*innen der Schulen mit Informationen über Aktionstagen versorgen, durch eine Pflichtstunde, die von den Schulen ausgehen und einer Messe, die von den Jugendhausinhaber*innen abgehalten werden. Die pädagogischen Fachkräfte werden entweder durch einen Teilzeitjob mit einem gerechtfertigten Gehalt oder ehrenamtlichen privat Personen angeworben. Dies ist auch gut für die individuelle Förderung von Schüler*innen, da diese eine Bezugsperson zur Verfügung gestellt bekommen, die beraten kann (ob privat oder Aktivität bezogen) und helfen kann, mit einer Erkrankung (Depression, Sozialer Phobie etc.) genauso wie sozial schwierig gesehene Umfeldern klarzukommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 44

dagegen: 0

Enthaltung: 4

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag Nr. 4

„Aktualisierung des Schulstandards“

Antrag von:

CDU- und SPD-Fraktion und Fraktion Grüne

Antrag/Begründung:

Wir, die CDU, in Koalition mit der SPD und den Grünen, beantragen die Aktualisierung des Schulstandards in Leverkusen.

Dies tun wir in Bezug auf die Digitalisierung in Form von Tablets für jede*n Schüler*innen, Activeboards und Schüler-WLAN (mit genügender Kapazität) auf allen Leverkusener Schulen.

Zudem tun wir dies in Bezug auf die Allgemeinhygiene in Schulgebäuden, die aktuell durch Personalmangel, wie zum Beispiel Hausmeister und Putzkräfte, nicht gewährleistet werden kann. Dieser schränkt auch psychische Hilfe in Schulen ein, die in Form von ausgebildeten Sozialarbeitern (keine Psychologen), welche auf Institute wie AKIP verweisen und eventuell Ersthilfe leisten können, gewährleisten wären. Dies fällt unter Personalmangel im öffentlichen Wesen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 46

dagegen: 0

Enthaltung: 2

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag Nr. 5

„Bessere Fahrrad-Mobilität“

Antrag von:

CDU- und SPD-Fraktion

Lieber Ausschuss,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem Rat in seiner nächsten Sitzung am 27.10.2022, zur Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022/2023 vorzulegen.

Antrag:

Wir beantragen eine Abfrage/ein Gutachten bezüglich Radwegen und Straßenmarkierungen in der Stadt Leverkusen. Ziele dieses Gutachten sind die Identifizierung möglicher Strecken unter Berücksichtigung aktueller Infrastrukturen und Distanzen. Im zweiten Schritt beantragen wir die Verbesserung von Straßenmarkierungen und Radwegen in der Stadt Leverkusen. Unsere Ziele, dieser Maßnahmen, sind nahezu optimale Schul- und Arbeitswege zu gewährleisten, um Unfälle vorzubeugen und Gefahren des Straßenverkehrs zu minimieren.

Zudem werden an Schulen und Arbeitsstellen weitere, öffentliche „Fahrradstände“ benötigt, um die Mobilität mit dem Rad attraktiver und lukrativer für Bürger*innen zu gestalten.

Darüber hinaus fordern wir Vorrichtungen an Linienbussen, um die Fortbewegung mit dem Fahrrad im ÖPNV lukrativer und einfacher zu gestalten. Mittels dieser Forderung erhoffen wir uns die Entlastung von Straßen, deren Infrastruktur Fahrradwege nicht erlaubt.

Begründung:

Der Radverkehr in Leverkusen nimmt stetig immer weiter zu. Aufgrund dieses Zuwachses ist die Sicherheit der Radfahrer im Straßenverkehr nicht mehr voll gewährleistet und es bestehen Gefahren für die Teilnehmer des Straßenverkehrs.

Beispiele:

Leimbacher Berg - Radweg fraglich bis gar nicht gekennzeichnet.

Overfeldweg in Bürrig - Sicherheit der Radfahrer nicht gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 40

dagegen: 6

Enthaltung: 2

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag Nr. 6

„Öffnung von ALLEN Schulhöfen auch nach der Schulzeit“

Antrag von:
FDP-Fraktion

Antrag:
Die FDP-Fraktion fordert, die Öffnung aller Schulhöfe mitsamt ihren Sportplätzen nach Schließung der Schule.

Begründung:
Dies würde den Bau neuer Sportanlagen zumindest zum Teil obsolet machen, was wiederum Platz und Geld sparen würde. Außerdem würden sich einige Jugendliche dadurch mehr bewegen und weniger soziale Medien nutzen.

Abstimmungsergebnis:
dafür: 31
dagegen: 1
Enthaltung: 16

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag Nr. 7

„Besseres Energie-Management an Schulen“

Antrag von:
CDU-Fraktion

Antrag:

Wir, die CDU, beantragen ein besseres Energiemanagement in Schulen. Wir wünschen uns, dass Ventile an den Heizungen angebracht werden, die die Lehrer per Schlüssel verschließen können, wenn gelüftet wird. Zusätzlich zu dieser Maßnahme soll die Zentralheizung optimiert werden, sodass sie immer auf 19 Grad heizt, während sie an schulfreien Tagen und im Sommer ausgeschaltet ist.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 41
dagegen: 2
Enthaltung: 5

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag Nr. 8

„Vergünstigtes Busticket“

Antrag von:

SPD- und FDP-Fraktion

Antrag:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die SPD- und FDP-Fraktionen fordern ein vergünstigtes Schüler- und eventuell Bürgerticket, das für alle Schüler*innen bzw. Bürger*innen Leverkusens gilt.

Begründung:

Der Straßenverkehr in Leverkusen besonders zu den Stoßzeiten soll entlastet werden, indem mehr Bürger*innen auch im Alltag auf den Busverkehr umsteigen. Dabei ist zu beachten, dass von der Bundesregierung ein Klimaticket für 49 € geplant ist, das für den gesamten ÖPNV bundesweit gelten soll. Bis jetzt ist noch nicht absehbar, inwieweit dieses Klimaticket die alltäglichen Verkehrsstrukturen verändern wird. Auf diese Veränderungen muss hinsichtlich unseres Bürgertickets reagiert werden. Dies gelingt nur unter regelmäßiger Beobachtung.

Der Preis dieses Tickets muss, um rentabel zu bleiben, deutlich geringer sein, als das Klimaticket.

Bezüglich des Schülertickets ist zu beachten, dass es für Familien mit niedrigem Einkommen bzw. geringen sozialen Stand Vergünstigen gibt. Des Weiteren soll auch die Entfernung von den Schulen im Preis berücksichtigt werden. Außerdem soll eine Kostenvergünstigung für Geschwisterkinder geben, diese soll wie folgt aussehen: Das erste Kind zahlt 100% des Preises, das zweite Kind 75%, das dritte Kind 50% und das vierte Kind 25%. Jedes weitere Kind zahlt 0% des Preises.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 31

dagegen: 10

Enthaltung: 7

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag Nr. 9

„Kostenlose Menstruationsartikel“

Antrag von:
FDP-Fraktion

Antrag:
Die FDP-Fraktion fordert kostenlose Menstruationsartikel (Binden und Tampons in verschiedenen Größen) in öffentlichen Bildungseinrichtungen.

Begründung:
Kostenlose Menstruationsartikel würden einerseits die Geschlechtergerechtigkeit fördern, andererseits könnte man so die soziale Ungleichheit zumindest teilweise ausgleichen. Solche Ideen werden auch von der FZS, eine Dachorganisation von Studentenvertretungen, unterstützt, die über 1 Million Student*innen vertritt. Zudem leiden vermutlich zwischen 13 und 20 Prozent aller Familien, die solche Produkte benötigen, unter sogenanntem Periodenarmut, d. h., dass solche Produkte eine große finanzielle Belastung für sie darstellen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 43
dagegen: 1
Enthaltung: 4

Damit ist der Antrag angenommen.